

Annoucen:
Ausnahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei G. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei J. Streifand,
in Meseritz bei Th. Matthias.

Pöfener Zeitung.
Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoucen:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. F. Jaube & Co.,
Haafenstein & Vogler,
Rudolph Hoffer,
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 314.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 5. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeitspaltel ober deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 4. Mai. Der Kaiser hat den Kaufmann Müller in
Brüffel zum Konsul ernannt.
Dem Herrn Genon Sanchez ist das Exequatur als Konsul der Ver-
einigten Staaten von Columbia mit dem Sitz in Bremen Namens
des Reichs erteilt worden.

Der König hat den Ministerial-Direktor, Wirklichen Geheimen
Ober-Regierungs-Rath Marcad zum Unter-Staatssekretär im Mini-
sterium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannt; sowie dem
Steuerempfänger Venter zu Meddersheim im Kreise Meisenheim bei
seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als Rechnungs-
Rath verliehen.

Der Provinzial-Steuer-Sekretär Kensch aus Breslau ist als
Buchhalter bei der Hauptbuchhalterei des Finanz-Ministeriums angestellt
worden.

Der ordentliche Lehrer Dr. Sierota am Gymnasium zu Lyck ist
als Oberlehrer an das Gymnasium zu Gumbinnen berufen worden.
Der ordentliche Lehrer Giesen am königlichen Gymnasium zu Wom-
growitz ist zum Oberlehrer an dem königlichen Gymnasium zu Orowo
ernannt worden. Der ordentliche Lehrer am Gymnasium zu Schleswig
Dr. Grube ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt befördert worden.
Am Königsstädtischen Gymnasium zu Berlin ist die Beförderung des
ordentlichen Lehrers Nehring zum Oberlehrer genehmigt worden. Der
praktische Arzt Dr. Buchholz zu Arns ist zum Kreis-Physikus des
Kreises Johannisburg ernannt worden.

Der Wasserbau-Inspektor Köhler in Steinau a. D. ist zum Melio-
rationsbau-Inspektor für die Provinz Brandenburg mit Anweisung
seines Wohnsitzes in Potsdam bestellt worden.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.
59. Sitzung.

Berlin, 4. Mai. Am Ministertisch: von Götler, Friedberg, von
Puttkamer, Bitter und Kommissarien.

Das Haus tritt in die allgemeine Beratung des Gesekentwurfs,
betr. Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze,
in der Gestalt ein, wie er vom Herrenhause an das Abgeordnetenhaus
gelangt ist. Art. 1: die Artikel 2, 3 und 4 im Gesek vom 14. Juli
1880 treten bis zum 1. April 1884, statt 1883, wieder in Kraft. Ferner
sind in Art. 3 von Ablegung der Staatsprüfung die Kandidaten be-
freit, welche durch Zeugnisse nachweisen, daß sie die Entlassungsprüfung
auf einem deutschen Gymnasium abgelegt, sowie ein dreijähriges theo-
logisches Studium auf einer deutschen Universität oder auf einem in
Preußen bestehenden kirchlichen Seminar, hinsichtlich dessen
die gesetzlichen Voraussetzungen für den Erfaß
des Universitäts-Studiums durch das Studium
auf diesem Seminar erfüllt sind, — statt: „welches
nach dem Gesetze die Universität zu ersetzen geeignet ist,“ — zurück-
gelegt und während dieses Studiums Vorlesungen aus dem Gebiete
der Philosophie, Geschichte und deutschen Literatur mit Fleiß ge-
hört haben.)

Abg. Götting: Wohin hat die Staatsregierung die kirchen-
politische Gesetzgebung geführt, oder vielmehr, wohin hat sie sich führen
lassen? Denn sie glaubt wohl selbst kaum in dieser Frage noch die
Zügel in der Hand zu haben, nachdem sie, gedrängt vom Zentrum,
von Rom (wachen im Zentrum), dazu aus ihren eigenen Vorlagen
durch Kombinationen im Hause herausgedrängt, sie so oder so ver-
stümmelt vor zwei Jahren und heute aus den Säulern des Landtages
zurückempfangt. Von einer eigentlichen Führung ist da wohl nicht die
Rede und ich frage: wo sind wir? Von der Magesekgebung ist bis
jetzt nach den Opfern von 1880 und heute fast alles Wesentliche bis
auf die Angelegenheit, die auf dem Papier steht, verschwinden; es sind
die Vorbedingungen für die Prüfung der Geistlichen nicht mehr fest-
gelegt, sondern in diskretionäre Gewalt gestellt; das Kultur-Examen
ist abgeschafft, obgleich der Kultusminister sagte, ohne einen Erfaß sei
das nicht zulässig; es ist der Bischofs-Paragraf angenommen, wonach
die abgesetzten Bischöfe wieder in ihr Amt zurückgeführt werden
können. Die kommissarische Verwaltung hängt jetzt lediglich von
den Beschlüssen der Staatsregierung ab. Aufgehoben ist die Be-
stellung der Pfarren durch die Patrone resp. die Gemeinden. Die Magesekgebung
ist nicht verbessert, sondern geopfert. Was ist denn eigent-
lich die Grenze, über die der Herr Kultusminister nicht hinausgehen zu
wollen erklärt hat, was ist sein Ideal der Gesetzgebung? Seine Hand-
lungen sind seine Antworten auf diese Frage. Und das Zentrum:
im Jahre 1880 erklärte es, daß es sich auf diskretionäre Vollmachten
nie und nimmer einlassen könne, das Sperrgesetz hie und da aufheben
vergisse den Klerus und man thue ihm eine Schmach an durch die
Meinung, ihn damit fixen zu können. Auf vieles Quälen hat es sich
endlich bereit erklärt, die Befreiung von mannigfachen Unbequemlich-
keiten zu acceptiren und der Kultusminister rühmt das als ein außer-
ordentliches Resultat, daß die Herren aus ihrer negierenden Stellung
herausgetreten sind und glaubt auf diesem Wege von Sieg zu Sieg
zur Einigung mit dem Zentrum zu gelangen. Es ist so, als ob Na-
poleon bei Sedan sich gerührt hätte, die Deutschen aus Deutschland
herausgelockt und auf sich gezogen zu haben. Wir haben gesalbt, daß
dies eine Kapitulation sein werde, daß aber der Friede auf Gnade und
Ungnade erfolgen würde, hatte Niemand vorausgesetzt. Das Herrenhaus
wäre nun in der Lage gewesen, hier einmal einzugreifen und sich als
wirkliche Stütze einer konservativen Regierung und der Würde des
Staates zu zeigen. Statt dessen ließ es ebenfalls den Art. 4 der
Vorlage betreffend die Angelegenheit fort, um die „Kontinuität zwischen
der Gesetzgebung und dem preussischen Recht“ aufrecht zu erhalten.
Als Neupreuße ist mir unfähig, wie man an die Müllersche Ver-
waltung, an die katholische Abtheilung im Ministerium anknüpfend
eine Kontinuität des preussischen Rechts herstellen will! Heute sind
wir allerdings auf dem Wege nach Kanossa, aber nicht wie jener
Kaiser, mit dem Interdikt belegt, als gezwungener Bänder, sondern
die Regierung geht jetzt freiwillig und bittet dort zugelassen zu werden
und noch dazu mit einem besonderen Gesandten beim Papst. Der
Kultusminister hätte doch wenigstens nach der negativen Seite hin die
Grenze bezeichnen können und z. B. sagen können, daß niemals

solche Geistliche bestätigt werden sollen, die auf Seminarien ge-
bildet sind, wo die Curysche Moral-Theologie überwuchert (An-
ruhe im Zentrum). Seit einigen Jahrzehnten ist es ja kein
Geheimniß mehr, daß darin Sünde und Verbrechen vollständig zuge-
geben werden (Ruf im Zentrum: lächerlich!) Es ist nicht bloß
lächerlich, sondern skandalös. Diebstahl, Urkundenfälschung, Meineid,
Gebrauch können mit einem Meineid abgeleugnet werden. (Psi! im
Zentrum: Vorlesen!) Dann würde ich den Herrn Präsidenten bitten,
die Tribünen räumen zu lassen. Zur Zeit Friedrichs des Großen
konnte der Staat jeden Priester, der ihm nicht konvenirte, zurückweisen.
Wie anders heute! Die Voce della verità aus dem Jahre 1878 sagt:
Mit Preußen ist kein Waffenstillstand, sondern nur ein Krieg auf Tod
und Leben zulässig! Der preussische Staat geht nun in der Person sei-
nes Gesandten v. Schöller nach Rom und nun sagt das „Journal de
Rome“, der Kulturlampf ist ein immenses Mißverständnis gewesen,
und es wird an die Italiener und Franzosen die Mahnung gerichtet,
sich Preußens jetziges Verhalten zum Muster zu nehmen; in dem Mo-
ment, wo katholische Mächte den Traditionen der Vergangenheit
und ihrer hohen Aufgabe untreu zu werden scheinen, bietet eine
protestantische Regierung das Schauspiel, daß sie sich daran er-
innert, wie es eine ihrer ersten Pflichten ist, die religiösen
Interessen zu wahren und die wiederherstellende Mitwirkung des
Papstes nicht zu verachten. (Sehr gut! im Zentrum.) Gerichtet
ist dies eigentlich auf die Adresse des Königs von Bayern, der in einem
Schreiben an den Minister Luz sagt, er sei gewiß ein Freund der Kirche
und wolle die religiöse Erziehung seines Volkes fördern, aber er wolle
eben so fest, daß seine Regierung Bestrebungen entgegensetze, welche die
Rechte des Staates zurückdrängen und Staat und Kirche in eine un-
heilvolle feindliche Stellung hineinbringen wollten. Diese Worte eines
hochpatriotischen, christlichen, sittlichen, katholischen Monarchen möge sich
die preussische Regierung gegenwärtig halten, damit auch ihr von
unserem Hohenzollernhaufe ein solches Zeugniß ausgestellt werden kann.
Unsere Lage ist durch eine Koalition des Zentrums, der Konservativen
und der Polen herbeigeführt worden. Ich habe nicht als Protestant
und als Volksvertreter gesprochen, sondern als ein Mann, der immer
gejuchet hat nach demjenigen Punkte, von wo aus es möglich wäre, das
deutsche Volk patriotisch und sittlich zu erziehen. Ob jeder meiner Fraktions-
genossen jedes Wort von mir sich aneignet, weiß ich nicht; aber im Namen
meiner Fraktion kann ich erklären, daß sie einmütig und fest entgegen-
tritt der Zerbröckelung der ganzen Magesekgebung, daß sie einmütig
genossen ist, der Regierung auf ihrem Wege nicht zu folgen. (Sehr
gut! links), sondern das, was wir 1872 und 1873 angefangen haben
aufzubauen, in seinen Grundlagen zu erhalten, dem deutschen Volke
zu erhalten die Segnungen der Reformation, an deren Folgen ja alle
katholischen Staaten und alle Kulturvölker Theil haben. Wir wollen
die sittlichen Ideale, die gerade daher stammen, auch hier auf dieser
Seite des Hauses treu verfechten, und dieser Ruf soll auch in die
deutsche protestantische Nation hinausdringen, wie früher hier immer
hinausgegangen sind die Schreie, daß die Katholiken in Preußen ge-
nechtet und wie Sklaven behandelt würden; so soll auch dieser Ruf,
den ich hier eben von der Festigkeit der liberalen Parteien in dieser
Frage ausgesprochen habe, im protestantischen Volke wiederhallen, daß
es weiß, daß hier noch Männer sitzen, die seine Rechte verteidigen und
die Rechte des Staates, wenn er verlassen wird von der Stelle, die
die berufenen dazu wäre. (Lebhafte Beifall links, Rufen im Zentrum.)

Abg. Windthorst: Die großen Meister der Musik brauchen
zumeilen einen schrillen Ton, um die Harmonie um so klarer hervor-
treten zu lassen. Der schrille Ton der eben gehörten Rede macht die
Harmonie, die übrigens existirt, um so klarer. Die übrigen Aus-
führungen des Abgeordneten Dr. Götting (Abg. Götting: ich bin kein
Doktor!) — vielleicht erklärt dieser Umstand, daß er so viel Unrichtiges
gesagt hat — verdienen eine Antwort wenigstens heute absolut nicht.
Sie sind vollständig hors de saison. Vor einigen Jahren hätten sie
vielleicht noch einigen Effekt gehabt. Heute will man so etwas in
deutschen Landen Gottlob nicht mehr hören. Der Herr Abg. Götting
als solcher ist für mich in diesem Augenblick nicht vorhanden. (Ge-
heult.) Sollten die Schlussfolgerungen Namens aller seiner Freunde
abgegeben sein, so wird diese Erklärung im deutschen Lande, als von
den Nationalliberalen ausgesprochen, beherzigt werden (Ruf: Das soll
sie auch!), darauf mögen sich die Herren verlassen. Jedenfalls steht die
Haltung sehr namhafter Nationalliberaler mit diesen Erklärungen in
diametralen Gegensatz, vor Allem die Haltung v. Bennigsen's in
der Kommission und hier im Hause. Indessen steht es ja den Herren
frei zu erklären, was ihnen recht scheint und wir werden wohl darauf
später noch zurückkommen, hier und in der Presse und auch an anderer
Stelle. Wir werden insbesondere nicht überhört haben, daß der
Abg. Götting den Versuch machte, einen konfessionellen Hader in
Deutschland zu erregen. Das ist die berühmte nationale Gesin-
nung der nationalliberalen Partei! — Unsere Vorlage ist vom
Herrenhause in zwei Punkten modifizirt worden. Wir beklagen und
bedauern diese Modifikationen, zu denen weder ein Anlaß noch auch
ein Grund war. Indessen meine Fraktion acceptirt sie ohne Vorbe-
halt. Das Herrenhaus hat die Frist in Artikel 1 um ein Jahr ver-
längert. Um den Frieden, den wir in dieser Vorlage angebahnt
finden, nicht zu fören, und den weiteren Weg des Friedens zu be-
zeichnen, nehmen wir diese Bestimmung, welche mehr einen transito-
rischen Charakter hat, an. Sie hatte ja nur den Zweck, der Regierung
einen äußeren Anhalt zu geben, die weiteren Vorlagen, welche noth-
wendig sind, um dem traurigen kirchenpolitischen Kampf ein Ende zu
machen, schon in der nächsten Session vorzulegen. Wir vertrauen, daß
sie in Anbetracht der Noth des katholischen Volkes alle ihre Kräfte an-
wenden wird, um dieses Ziel in der nächsten Session zu erreichen. Sollte
sie aber wider Erwarten in der nächsten Session die Initiative nicht
ergreifen, so werden wir es thun, denn das Zentrum hält die Stellung,
welche sie der bisherigen Legislative gegenüber eingenommen, voll und
ganz aufrecht, es wird nicht ruhen, bis es sein Ziel erreicht hat. So-
dann hat das Herrenhaus in Artikel 3 für den Gedanken, den wir
hier beschließen haben, eine andere Fassung gewählt. Trotz sorgfältig-
sten Studiums habe ich nicht ermitteln können, daß in dieser Fassung
etwas anderes ausgedrückt ist, als in der von uns beschlossenen. Die
Motivirung jedoch, welche die Kommission und das Plenum des
Herrenhauses dieser Aenderung gegeben, können wir nicht acceptiren.
Wir nehmen die Fassung an, sowie der Wortlaut sie ergibt. Damit
hoffen wir, daß die Vorlage zu einem gedeihlichen Abschluß gelangen
und der 4. Mai 1882 einer der glücklichsten Tage dieses Landes sein
wird, weil er den Anfang zum Frieden enthält oder doch die Absicht
bekundet, ihn herbeizuführen, und mit Rücksicht darauf glaube ich der
Regierung ausdrücklich unseren Dank auszusprechen zu müssen, insbe-

sondere auch dem Herrn Kultusminister für die warmen Worte, welche
er zur Empfehlung der Vorlage im Herrenhause gesprochen hat, dann
aber allen denen, welche hier und im Herrenhause mitgewirkt haben
zu die'm guten und schönen Resultat. Meine Herren! lassen Sie uns
hoffen, daß, wie wir zum ersten Male in dieser Eintracht, in dieser
Erkenntniß der Dinge Hand in Hand gegangen sind, wir auch ferner
zusammengehen werden, um endlich den kirchlichen Frieden für das
deutsche Vaterland und für Preußen insbesondere herzustellen, damit
wir so gewappnet den großen heftigen Stürmen, die leider von allen
Seiten drohen, mit Zuversicht und mit Vertrauen entgegengehen. (Leb-
hafter Beifall im Zentrum, Rufen links.)

Minister v. Götler: Da nach der Mittheilung des Herrn Prä-
sidenten eine Meldung gegen diese Vorlage nicht weiter vorliegt, will
ich nur in einigen Punkten den Ausführungen entgegen treten, die der
Abg. Götting der Staatsregierung und auch meiner Person gemeldet
hat. Die offenherzige Erklärung, daß er mit der Regierung jetzt ab-
rechnen wünsche, um nach dem Schluß der Session eine Waffe zu
haben, die, wie er sagt, wie ein frischer Ruf in unser Volk hinaus-
tönen soll, erkenne ich dankbar an und auch die Kritik, die er an mir
geübt, obgleich ich ver sichern kann, daß ich dieselbe täglich an mir aus-
übe, wenn auch nicht so leicht, wie das vom Abgeordneten Götting
geschehen ist. In den einleitenden Sätzen behauptete er, daß nicht die
Regierung, sondern das Zentrum die Fühl führe. Ich weiß nicht, ob
noch einer außer ihm dieser Meinung ist. Ich würde dies nicht ungern
sehen, da sich dann leicht die Konsequenzen hieraus in einer für den
Staat erwünschten Weise ziehen ließen. Er knüpfte daran die weitere
Bemerkung, daß die Regierung geeignet sei sowohl die 1880er wie die
1882er Vorlage zu acceptiren, obwohl dieselben verstümmelt seien. Allein
die Thatfache, daß eine Vorlage der Regierung nicht in vollem Umfange
angenommen wird, könnte doch nur dann ein Grund zur Ablehnung
derselben seitens der Regierung sein, wenn die ausgeschiedenen Be-
stimmungen in einen materiellen Konnex mit den übrigen stehen und
der Art sind, daß die stehen gebliebenen Paragraphen in sich keinen
erheblichen Werth mehr haben oder die Gedanken der Staatsregierung
in das Gegenteil verkehren. Daraus ist weder 1880 noch 1882 die
Rede gewesen, und wenn 1880 die Vorlage verstümmelt ist, wer hat
an dieser Verstümmelung am meisten theilgenommen? Herr Abg.
Götting und seine politischen Freunde, die heute gegen die Verstüm-
melung sprechen. Damit fällt doch die Beweislast einer derartigen
Debuktion. Abg. Götting ging sogar noch weiter. Er hielt gewisser-
maßen eine Inventur ab über den gegenwärtigen Zustand und fragte:
wo sind wir? Diese Frage lege ich mir täglich Morgens und Abends
vor. Aber wir kommen, wenn wir ruhig in die Sache eintreten, doch
zu anderen Resultaten als der Abg. Götting. Er sagte, es
ist Alles aufgeopfert bis auf die Angelegenheit. Das ist nicht
richtig, der Abgeordnete Götting wird daran bei eingehender
Erwägung auch nicht festhalten. Ebenso ist es nicht richtig, daß
die Vorbedingungen der Vorbildung abgeschafft sind; sie sind nur
geändert und zwar nach dem Muster von Baden und Hessen. Ich
kann nicht genug anerkennen, daß wir zur positiven Thätigkeit auf
dem Boden der Vorbildung mit Hilfe des Zentrums gekommen sind.
(Beifall rechts.) Wenn das nichts ist, dann weiß ich nicht, was nichts
ist. Daß die kommissarische Verwaltung aus der Welt kommen soll,
davon ist auch nicht die Rede. Es handelt sich darum, daß der falsche
staatsrechtliche Gedanke, daß unter allen Umständen der Kultusminister
genöthigt ist, unter gewissen Voraussetzungen eine kommissarische Ver-
waltung eintreten lassen zu müssen, etwas gemildert und die Möglich-
keit geschaffen wird, unter Mitwirkung des ganzen Staatsministeriums
den thatsächlichen politischen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Damit
schwimmt doch nicht die kommissarische Verwaltung, sondern es ist
eine von den vielen Fakultäten, die in öffentlichen Rechtsverhält-
nissen nöthig sind, von denen übrigens auch die
Magesekgebung Beispiele hat. Nun die Anstellung der Staats-
pfarrer — es ist das erste Mal, daß ich sie bezeichnen höre
als Säule der Magesekgebung. (Geheult.) Gerade einer der Herren,
die weit mehr links stehen, als Herr Götting, hat in der bestimmtesten
Weise auf Grund seiner praktischen Erfahrungen auf das Warmste
dafür plädiert, daß Art. 4 der gegenwärtigen Vorlage angenommen
werde. Die Regierung hat sich ziehen lassen, aber ich glaube mit
Zustimmung sämtlicher Kommissionsmitglieder. Dann bleibt aller-
dings noch der Bischofsparagraf übrig. Es handelt sich um die
Frage, wie kann man mit Art. 2 Bischöfe unter Umständen wieder
in ihr Amt zurückführen, und da ist allerdings in Klarlegung des
Allerhöchsten Begnadigungsrechts die Möglichkeit gewährt, unter der
landesherrlichen Ermägung andere Zustände herbeizuführen. Mehr
ist nicht gethan. Es handelt sich allein um die Kirchvollkommen-
heit in staatlicher Hinsicht, wie der Papst sie auf kirchlicher Seite
hat. Wenn man darnach zu der Auffassung kommt, daß Alles
geopfert ist, so weiß ich nicht, wie wir mit diesen starken Super-
lativen und über eine Reihe von Fragen weiter verständigen. Nun
hat der Abg. Götting aus meiner Rede vom 30. März Sätze
vorgetragen, die ich auch unterschreiben kann. Alle meine Aus-
lassungen in der zweiten und dritten Session waren gewissermaßen
Monologe; das, was die Fraktionen unter einander verhandelt haben,
hat ja eine hohe politische Bedeutung. Ich habe damals mit großer
Ueberwindung in rein sachlicher, objektiver Weise mich in eine Reihe
von Spezialitäten einlassen müssen, ohne ein sehr offenes und williges
Ohr hier im Hause zu finden. Ich habe meine Ausführungen auf das
Allerstrengste beschränkt, weil es immer mißlich ist, wenn die Regierung
Worte gebraucht, die irrtümlich so aufgefaßt werden können, als
wenn die Regierung Del ins Feuer gießt. Einmal fragt der Herr
Vorzredner, wo hier die Grenze wäre, und setzt aber gleich hinzu, die
Grenze sähe er durch die Vorlage gezogen. Der Abg. Götting wird
aufgefallen, daß nur der Artikel 2 derjenige Punkt ist, wo er und seine
Freunde sich von der Staatsregierung getrennt haben, daß aber,
objektiv betrachtet, die übrigen Artikel nicht allein Freunde, sondern
energieische Verteidiger innerhalb seiner Fraktionsgenossen gefunden
haben. Ich erwähne das nur, um zu vermeiden, daß aus solchen
Aberredungen eine Verschärfung der Gegensätze erwächst, zu denen
gar keine Veranlassung vorliegt. Es ist nun weiter die Bemerkung ge-
macht, wie dem Zentrum gegenüber die Regierung operirt habe; der
Abg. Götting bezeichnete es als einen Pyrrhusieg, wenn das Zentrum
endlich gezwungen würde, das als Geschenk anzunehmen, was es seit
Langem ersehnt. Ich habe nur gesagt, daß die Presse, wie sie im
vorigen Sommer sich äußerte, einmütig sich dahin ausdrückte, das
Zentrum möge endlich einmal mitthun, nicht andere Leute seine An-
gelegenheiten besorgen lassen; das wäre der Anfang einer neuen Phase,
da könnten sich die Fraktionen neu gruppiren, dann würde es besser

Politische Uebersicht.

Posen, 5. Mai.

Die entscheidenden Beschlüsse über die Abwicklung der letzten Geschäfte des Landtags werden wohl erst nach der unmittelbar bevorstehenden Ankunft des Reichskanzlers in Berlin getroffen werden. Man spricht davon, daß sich am Sonnabend oder Montag das Abgeordnetenhaus bis zur Mitte des Monats vertagen werde, um alsdann die noch rückständigen Arbeiten zu erledigen. Andererseits wird aber auch immer noch Hoffnung gehegt, die Regierung werde auf den noch vorliegenden Stoff verzichten und der unheilvolle Zustand der Zersplitterung der beiden Gesetzgebungskörperschaften werde in den nächsten Tagen durch Schluß des Landtags beendet werden. Ersprießliche Früchte sind doch nicht mehr zu erwarten, wohl aber eine immer wachsende Verstimmung. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ droht jetzt dem Abgeordnetenhaus mit Auflösung, wenn es seiner Pflicht, der gewissenhaften Aufarbeitung aller Vorlagen, nicht genügen wolle. Diese Drohung wird wohl auch nicht sehr schreckhaft wirken, da das Mandat des Abgeordnetenhauses ohnehin in allernächster Zeit abläuft. Niemand hat übrigens der Krone das Recht bestritten, die Sessionen zu eröffnen und zu schließen, wenn es ihr beliebt, und das Abgeordnetenhaus hat sich auch durchaus nicht geweigert, sämtliche Vorlagen vollständig zu erledigen. In welchen Formen dies geschieht, ist indessen lediglich eine interne Frage der Geschäftsordnung des Hauses. Das Recht, Vorlagen, bei deren weiterer Berathung nichts Ersprießliches herauskommen kann, wie das Verwendungs-gesetz, kurzer Hand abzuthun, wird man dem Abgeordnetenhaus auch nicht bestreiten können.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ registriert den Beschluß des Abgeordnetenhauses, das Verwendungsgesetz nicht an eine Kommission zu verweisen, mit den Worten: „Auf eine Durchberathung des Verwendungsgesetzes ist nach dem Beschluß des Abgeordnetenhauses leider nicht mehr zu rechnen.“ Diese Vorlage scheidet also aus dem Arbeitsprogramm des Landtags aus. Die „Provinzial-Korrespondenz“ erwähnt allerdings, daß auch noch die hannoversche und die lauenburgische Kreisordnung zur Erledigung kommen sollen. Dazu würde es freilich einer Vertagung des Abgeordnetenhauses bedürfen, da Anfangs nächster Woche die Berathung der Monopolvorlage im Reichstage beginnt. Das Abgeordnetenhaus würde dann seine Sitzungen bis zum 16. oder 17. unterbrechen. Inzwischen scheint aber die Regierung diese Absichten schon wieder geändert zu haben. Das lauenburgische Gesetz ist in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung an das Herrenhaus gelangt, und die Kommission soll dasselbe heute beraten. An das Plenum des Herrenhauses aber soll das Gesetz nicht mehr gelangen. Alle übrigen Vorlagen, welche im Herrenhause noch zu erledigen sind, die Eisenbahnverstaatlichung und der Nachtrag zum Eisenbahnetat sollen in der Montagssitzung des Herrenhauses erledigt werden. Weshalb alsdann nicht der Schluß der Session, sondern eine weitere Vertagung ohne ersichtlichen Zweck erfolgen soll, bleibt unaufgeklärt.

Die Berathungen des Bundesrathes über das Unfall-Versicherungsgesetz gehen nur langsam vorwärts. In zwei mehr als vierstündigen Sitzungen ist kaum der vierte Theil des Entwurfes erledigt worden, ohne daß erhebliche Änderungen bis jetzt angenommen wären.

Unter den Industriezweigen, welche zur Zeit der früheren Zollpolitik in Deutschland zu großer Blüthe gelangt waren, und die jetzt unter den Wirkungen der Herrschaft des Schutzollsystems mit am Schwersten zu leiden haben werden, ist die Spielwaarenindustrie in erster Reihe zu nennen. Mit deutschen Spielwaaren wurde früher fast die ganze zivilisirte Welt versorgt, in Frankreich, wie in England, in Schweden und Rußland dominierte deutsches Fabrikat, wie in Nordamerika. Jetzt ist Frankreich im Begriff, durch seinen neuen Tarif dem deutschen billigen Fabrikate den Markt zu verschließen, und dazu treten nun noch Rußland und Schweden, die bei der Revision ihrer Zölle Erhöhungen von 200—333/3 Prozent auf Spielwaaren zu legen beabsichtigen. Die „Leipziger Zeitung“ bemerkt darüber in ihrem Mesberichte über „Spielwaaren“, nachdem sie angeführt hat, daß diesmal Rußen und Schweden vielfach Aufträge von größerem Umfange erteilt haben:

Der Grund zu letzteren und die Bedingung sofortiger Ausführung derselben ist in dem Umfange zu suchen, daß der Eingangszoll für deutsche Spielwaaren in Schweden sowohl als in Rußland in allernächster Zeit eine Erhöhung erfährt. Diese ist ganz bedeutend und stellt sich in Schweden von 50 Dore auf 150 Dore, in Rußland von 30 Kop. auf 100 Kop. Daß diese beträchtlichen Zollerhöhungen nicht ohne außerordentlich nachtheilige Einwirkung auf die deutsche Spielwaaren-Industrie bleiben werden, liegt auf der Hand, und namentlich dürfte Sachsen und Thüringen, der Sitz dieser Industrie, und in diesen Ländern wieder die umfangreiche Hausindustrie unter gedachten ungünstigen Zollverhältnissen zu leiden haben. Von verschiedenen Interessenten hörten wir die russische Zollerhöhung als das Grabeschild für den Export nach Rußland bezeichnen. Es wurde hierbei laute Klage geführt über die Schwierigkeiten und Placereien, welche von den Zollämtern an der Grenze bereitet würden und wodurch den Geschäften großer Abbruch zugefügt wird. Auch in Frankreich ist die Erhöhung des Eingangszolles bedauerlich.

Da Amerika in den letzten Jahren selbst Spielwaaren in großem Umfange zu fabriciren begonnen hat und schon jetzt die Exporthandlungen und die Großfabrikanten der Spielwaarenbranche möglichst vermeiden, so sind die Aussichten der deutschen Spielwaaren-Industrie wahrlich trübe genug. Hier trifft der Nachtheil der Schutzollpolitik leider eine Industrie, die für sich keinen Schutz beansprucht hat und deren Blüthe eine Lebensfrage für Tausende von fleißigen Familien in Thüringen, dem Erzgebirge und dem Riesengebirge ist.

In Paris hat, wie die „National-Zeitung“ meldet, die von Gambetta in der Kommission zur Vorberathung der Rekrutirungs-Vorlagen gehaltene Rede großes Aufsehen erregt. Man erblickt darin die Bellätigung, daß Gambetta den Vorsitz dieser Armee-Kommission benutzen will, um durch „Klimpern auf der patriotischen Gitarre“ seine vermin-

sein; jetzt aber, wo in der Vorlage nicht bloß mit dem Nothstift gerufen, sondern der Art. 3 organisch aufgebaut ist, da findet man einen Unterschied, den ich nicht verstehe. Ich betrachte es mit dem Herrenhause als einen Fortschritt, wenn wir den Art. 3 annehmen, der im Jahre 1880 erfinden wurde. Ich lasse mir diesen Erfolg nicht ganz abschreiben. Mit Hilfe dieses Porphyrsteiges steigerte der Vorredner seine Betrachtungen bis zu Napoleon am Sedantage. Auf diese Bemerkungen gestatten Sie mir, nicht einzugehen, ich bin nicht im Stande, so große Bilder zu gebrauchen. Ich bedauere es sehr; daß der Art. 4 der Vorlage vom Herrenhause nicht angenommen ist, er war meines Erachtens ein Brett zu der Brücke gewesen, auf der wir auf das andere Ufer hinübergewandert wären. Es hat nicht sein sollen, aber trotzdem lasse ich die Handhabe nicht fahren, die die Vorlage jetzt noch bietet. Es würde mir nicht ziemen das Herrenhaus gegen die scharfen Angriffe zu verteidigen, die vom Abg. Götting erhoben worden sind, aber er wird mir nicht widersprechen, wenn ich anführe, daß die bekämpften Aeußerungen lediglich Ausführungen des Referenten sind und daß dieser in der Minorität der Herrenhaus-Kommission geblieben ist. Daraus kann man meines Erachtens nicht die Folgerung ziehen, als entspräche dieser Satz, der vielleicht einer andern Auffassung fähig ist, dem Gedankengange des Herrenhauses. Es kommt dazu, daß, wenn man dem Gedankengange des Referenten folgt, man zu andern Resultaten kommen muß. Ich erkenne an, daß sein Gedankengang ein etwas zusammengebrängter ist, aber in Beziehung auf den Sinn trifft der Referent sehr zusammen mit dem Gedankengang, dem ich bei der ersten Lesung Ausdruck gegeben habe. Schließlich sammelte der Abg. Götting seine Anschauungen dahin, daß die Signatur der Lage durch das Zusammenwirken von Konservativen, Zentrum und Polen gegeben sei. Bei der Komposition unserer Reichs- und Landesvertretung kann es sich doch nicht allein darum handeln, mit welcher Fraktion die Regierung die Lösung der Aufgaben sucht, die sie sich im Interesse des Landes stellt; es ist auch unmöglich, daß die Staatsregierung, wenn sie es für richtig hält, eine gesetzgeberische Aufgabe durchzuführen, lediglich um deswillen, weil Fraktionen sich vielleicht dafür erklären, die dem Gesetzentwurf unter Umständen in anderer Weise entgegengestanden haben, ihre Vorlage verwirft. In der Presse verlautete, daß es möglich gewesen wäre, für das Gesetz mit Hilfe des Herrn Götting oder Anderer, die noch näher gestanden haben, für eine Reihe von Paragraphen der Regierungsvorlage eine Majorität zu gewinnen, daß dies aber gescheitert ist. Es handelt sich hier immer nur um einen Paragraphen, bei dem Differenzen bestanden, aber deswegen braucht man nicht zu sagen, die Uebrigen seien Räuber und Mörder, und daß dadurch, weil die übrigen Paragraphen seitens der Regierung durchgefochten sind mit Hilfe anderer Fraktionen, die uns unsympathisch sind, im Uebrigen ein Werk gethan sei, welches den Frieden des Vaterlandes nicht fördert. Ich habe vielleicht etwas lebhafter gesprochen, als es in meinem Munde lag, ich habe aber nicht die Absicht gehabt, irgend eine Schärfe in meine Rede hineinzubringen, aber es ist nicht angenehm, wenn man solche Sachen hört. (Sehr richtig! links.) Ich kann Sie jedenfalls darüber beruhigen, daß die großen Grundfälle, die — allerdings sehr knapp — bereits in der Vorlage von 1880 bestanden haben, auch heute noch die Staatsregierung allein leiten, d. h. Frieden zu schaffen mit unseren katholischen Mitbürgern im Interesse des Landes ohne Beeinträchtigung der Rechte anderer Glieder und anderer Schichten unseres Volkes und Frieden zu erstreben ohne Beeinträchtigung der staatlichen Rechte und staatlichen Aufgaben, und daran wird die Staatsregierung festhalten! (Lebhafte Beifall rechts und im Centrum, links links.)

Abg. v. Schorlemer-Alst: Nachdem der Abg. Götting schon mehr als nöthig widerlegt worden, will ich unsere kostbare Zeit mit der weiteren Widerlegung des Herrn nicht vergeuden und verzichte aufs Wort.

Abg. Graf Limburg-Stirum: Die Rede des Abgeordneten Götting war wohl eine Wahlrede, auf die ich daher nicht näher eingehen mag. Meine politischen Freunde werden die Vorlage in der Fassung des Herrenhauses genehmigen, weil die beiden Änderungen sie nicht erheblich alteren. Sie hätten vielleicht unterbleiben können, aber die Annahme der Vorlage wird der Anfang sein, den Frieden auf kirchenpolitischem Gebiete herbeizuführen, ohne die Rechte des Staates preiszugeben. Dazu müssen alle Elemente zusammenwirken, welche den drohenden Stürmen durch Reformen zu begegnen und deshalb entschlossen sind, die sozialen und wirtschaftlichen Fragen, die jetzt unsere Zeit bewegen, zu regeln.

Damit schließt die Generaldebatte. Eine Spezialdebatte findet nicht statt. Die einzelnen Artikel werden gegen die Stimmen des Fortschritts, der Sezession und der Nationalliberalen genehmigt. Gegen Artikel 2 (Bischöfsartikel) stimmt auch ein großer Theil der Freikonserativen. Schließlich gelangt das ganze Gesetz gegen die liberalen Parteien zur Annahme.

Hierauf wird die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Erhebung einer Hundesteuer fortgesetzt. Zu den reitenden §§ 6—13, welche die Ausführungsbestimmungen zu den das Prinzip darstellenden und bereits genehmigten Paragraphen enthalten, liegen mehrere Anträge vor. Da in diesen ersten Paragraphen die Steuer nicht als Kreis-, sondern als Gemeindesteuer beschlossen ist, so setzen die vom Abgeordneten v. Holz gestellten Anträge an Stelle des Kreises überall die Gemeinde.

Mit diesen Änderungen werden sämtliche Paragraphen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident von Köller theilt mit, daß nach Erkundigung beim Präsidenten des Reichstages ihm mitgeteilt sei, der Reichstag werde am Sonnabend Sitzung halten, aber erst zu späterer Stunde, frühestens um 1 Uhr; er schlägt deshalb für Sonnabend 10 Uhr eine Sitzung vor, um das Verwendungsgesetz und die Hundesteuer zu erledigen.

Abg. Richter ist damit einverstanden, spricht aber die Hoffnung aus, daß die Regierung nach Ablehnung des Verwendungsgesetzes die Erwägung darüber eintreten lassen werde, ob die dann noch restirenden Vorlagen überhaupt lohnen, um eine Verzögerung der Geschäfte des Reichstages eintreten zu lassen.

Schluß 1 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. (Verwendungsgesetz, Hundesteuer.)

Herrenhaus.

17. Sitzung.

Berlin, 4. Mai. Am Ministerische Friedberg und zahlreiche Kommissarien.

Zur einmaligen Schlußberathung steht der Gesetzentwurf, betreffend die unentgeltliche Ueberreignung eines Abschnittes des großen Thiergartens in Berlin an das Reich.

Referent v. Fockenberg beantragt, dem Gesetzentwurf, wie er aus dem anderen Hause hervorgegangen ist, die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben, und bemerkt dabei, daß mit der Annahme dieses Gesetzes der Bauplatz für das Reichstagsgebäude definitiv festgelegt sein werde.

Nach einer kurzen Diskussion wird das Gesetz genehmigt. Es folgt der mündliche Bericht der Kommission für den Staatsbauplatz über verschiedene Rechnungsvorlagen, die sämtlich durch Dechar. eertheilung erledigt werden.

Eine Petition des Magistrats zu Grabow, betreffend die Kommunalbesteuerung der Beamten, wird nach dem Antrage der Kommission für kommunale Angelegenheiten der Regierung als Material überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Interpellation des Grafen Schlieben, Denkschrift über die Ausführung des oberösterreichischen Nothstandsgesetzes, Petitionen, Eisenbahnräthe.)

derte Popularität wieder zu gewinnen. Gambetta beharrt nicht allein dabei, daß niemand von der dreijährigen Dienstzeit befreit werden und innerhalb des Kontingentes keine einzige Ausnahme unter den Diensttauglichen gemacht werden soll, sondern er schlägt sogar vor, den Etat des Kriegsministeriums von dem übrigen Budget zu trennen und denselben jedesmal für drei Jahre zu bewilligen, wodurch die militärische Organisation eine größere Stabilität erhalten würde.

Stadtverordnetenversammlung

am 4. Mai.

Die Sitzung, in welcher die Stadtverordneten Brodny, Czapski, Fontane, Dr. Friedländer, Geilach, Jacobi, Ab. Kantorowicz, Kirsten, Klemme, Könia, Kronthal, Lange, Dr. Lebinski, Ligner, Mügel, Dr. Nowicki, Köstel, Dr. Szynanski, Lütz, Ziegler anwesend waren, wurde durch den Vorsitzenden, Geh. Kommerzienrath Jaffe, um 4 1/2 Uhr eröffnet. Der Magistrat war durch den Bürgermeister Herse und die Stadträthe Dr. Leppe, v. Chlebowski, Sam. Jaffe, Anderich und Schmidt vertreten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende der Versammlung Mittheilung von einem Schreiben der königlichen Regierung, durch welches den städtischen Behörden davon Kenntniß gegeben wird, daß der bisherige Polizeipräsident Staudy in Folge seiner Ernennung zum General-Landschafts-Direktor aus seiner erstgedachten Stellung ausgeschieden ist. Ferner gelangte ein an die städtischen Behörden gerichtetes Anschreiben des Herrn Staudy zur Verlesung, in welchem derselbe sich unter Hervorhebung des freundschaftlichen Verhältnisses, welches zwischen ihm und den städtischen Behörden während seiner Amtsführung bestanden habe, von den Letzteren verabschiedet, sowie ferner ein entsprechendes Antwortschreiben des Magistrats. Die Versammlung schließt sich demselben an. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung betreffend die Einführung eines Disziplinarstatuts für die Stadt Rosen hinsichtlich der Vertheilung der Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes wurde nach einem eingehenden Referat des Stadtv. König auf Antrag des Stadtv. Mügel an die Rechts-Kommission verwiesen. — Ueber die Wahl eines Waisenraths berichtet Namens der Finanz-Kommission Stadtv. König. Auf seinen Antrag wird an Stelle des Herrn Oberfeld, welcher die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hat, der Kanzleirath Sandke gewählt. — Zur Besetzung des Promenadenwärters, welcher in diesem Jahre 2 Wochen früher als sonst in Thätigkeit treten mußte, bewilligt die Versammlung auf Antrag des Stadtv. Ziegler den geforderten Mehrbetrag von 15 M. — Eine Vorlage des Magistrats, betreffend die Bewilligung der Mehrausgaben von 419 M. für Renovirung der Fontaine am Rathhause, über welche Stadtv. Jacobi berichtet, wird nach kurzer Debatte, an der sich die Stadtv. Mügel und Fontane betheiligen, an die Bau-Kommission verwiesen. — Ueber den Antrag des Magistrats betreffend die Versicherung des städtischen Brand-Direktors und dessen Stellvertreter gegen Todes- und Invaliditätsfälle bei Ausübung ihres Amtes berichtet Namens der Finanz-Kommission der Stadtv. Mügel und beantragt Ablehnung der zu diesem Zweck geforderten Geldbewilligung. Die Versammlung tritt diesem Antrage bei. — Zur Mehrversicherung des Stadttheaters und der zu demselben gehörigen Dekorationen bewilligt die Versammlung auf Antrag des Referenten der Finanzkommission, Stadtv. Kronthal, die erforderlichen Mittel. Ein daran geknüpfter Antrag des Stadtv. Brodny, alljährlich durch Abschreibung einer Abnutzungsquote und Zuschreibung der Reuanlagen den Verth des Inventars des Theaters festzustellen und danach die Versicherung zu reguliren wird nach kurzer Debatte, an der sich die Stadtverordneten Czapski, Mügel und Fontane betheiligen, von der Versammlung abgelehnt. — Zum Vorsteher für den 6. Armenbezirk wählt die Versammlung auf Antrag des Referenten Stadtverordneten Lange den Rentier Ernst. Die Entlastung der Rechnung über den Rumfortschen Stuppenfonds pro 1880/81 wird dem Antrage des Stadtv. Dr. Lebinski gemäß nach kurzer Debatte, an der sich die Stadtv. Dr. Friedländer u. Ziegler betheiligen, genehmigt. — Ebenso wird dem Antrage des Referenten der Finanzkommission, Stadtverord. Kirsten entsprechend die Krankenhaus-Rechnung pro 1879/80 dechargirt, nachdem der Magistrat die von der Versammlung verlangte Erläuterung der geklärten Mehrausgaben gegeben hat. — Die Rechnung über das Städtischenwesen — Darlehns-Fonds — pro 1880/81 wird auf Antrag desselben Referenten dechargirt. Ebenso dechargirt die Versammlung die Rechnungen der III. und IV. Stadtschule pro 1880/81, über welche die Stadtv. Dr. Lebinski und Ligner berichten. — Eine Vorlage, betreffend die Pflaster-Arbeiten in der Kl. Ritterstraße, wird dem Antrage des Referenten Stadtv. Klemme gemäß zur näheren Aufklärung an die Baukommission verwiesen. — Die Mehrausgaben bei Tit. X A. Nr. 3 und Nr. 6 des Kammereietats pro 1881/82 (säthliche Kosten der Polizei-Verwaltung resp. Verpflegung der Polizei-Gefangenen) im Betrage von 1969,10 M. resp. 570 M. werden vorbehaltlich der bei der Rechnungslegung zu gebenden Erläuterungen auf Antrag des Referenten der Finanz-Kommission, Stadtv. Czapski, bewilligt. — Eine längere Debatte entspann sich demnach über die Vorlage, betreffend den Verkauf einer städtischen Parzelle an den Justiz-Fiskus, über welche Stadtverordneter Jacobi referirt. Der von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts und dem Oberstaatsanwalt gemachte Vorschlag geht dahin, dem Justiz-Fiskus den an das Oberlandesgericht grenzenden Theil des Kammereietates in der ganzen Länge des Grundstücks und einer Breite von 8 bis 12 Meter an den Justiz-Fiskus zu verkaufen, oder gegen ein dem Letzteren gehöriges Grundstück zu verkaufen. Magistrat beantragt, die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß 1. das fragliche Terrain in einer Breite von höchstens 12 Mtr. und einem Flächeninhalt von höchstens 800 □ Mtr. zum Verkauf offerirt und 2. die Normirung des Preises einer aus zwei Magistrats-Mitgliedern und drei Stadtv. bestehenden gemischten Kommission übertragen werde. Gleichzeitig hat sich Magistrat hinsichtlich des von der Versammlung befürworteten Projekts einer neuen Straße von dem Kammereietat nach dem Bronkerplatz dahin geäußert, daß er das Vorhandensein eines dringenden Bedürfnisses zur Anlegung dieser Straße nicht anerkenne, daß dieselbe eng und winflig werden und den Marktverkehr erheblich stören werde, und daß es nothwendig sei, das dabei theilweise in Anspruch zu nehmende Kammerei-Grundstück am Bronkerplatz intact zu erhalten. Der Referent beantragte unter Hinweis darauf, daß aus der Vorlage nicht klar ersichtlich sei, welche Begrenzung das abzutretende Terrain erhalten solle, den Antrag ad 1. abzulehnen, dagegen der Ueberweisung der Vorlage an eine gemischte Kommission, behufs Ausarbeitung eines in allen Theilen klaren Projekts zuzustimmen. Stadtverordneter Fontane befürwortet die Vorlage, welche eine baldige Regulirung des Kammereietates in sichere Aussicht stelle. Auch das Straßenprojekt werde bei der mäßigen Breite des abzutretenden Terrains nicht unausführbar gemacht werden. Uebrigens könne er sich der Thätigkeit der von dem Magistrat gegen dieses Projekt geltend gemachten Gründe nicht verschließen. Keinesfalls werde es sich empfehlen, wegen eines Projekts, dessen Ausführung noch sehr fern liege, eine für die Kommune vortheilhafte Offerte von der Hand zu weisen. Er beantragt Annahme der gesammelten Magistratsvorlage mit der Modifikation, daß die Worte „höchstens 12 m.“ im Sinne des Vorschlages der Justizbehörde durch „8 bis 12 m.“ ersetzt werden. Stadtv. Kirsten wendet sich gegen die Vorlage, weil dieselbe die nöthige Klarheit vermissen lasse. Er empfiehlt das Straßenprojekt und regt die Frage an, ob das Kammerei-Grundstück nach Anlegung dieser Straße nicht zu einem Schulbau verwendet werden könne. Bürgermeister Herse tritt in längerer Rede für die Vorlage ein, die sich als durchaus vortheilhaft für die Kommune darstelle.

Man möge die Sache endlich zum Abschluss bringen. Gegen einen Schulhausbau auf dem Grundstück an der Freischlacht sprächen die schmäleren Verkehrsverhältnisse, welche durch die engeren Zugangsstraßen und den Wochenmarkt bedingt werden. Stadt. Rantowicz befürwortet die Verbreiterung der Marfallgasse. Es empfiehlt sich, zum Zweck der Erweiterung des alten Klostergrundstücks die Mitwirkung des Justiz-Fiskus in Anspruch zu nehmen. Bürgermeister Herse erklärt das Einverständnis des Magistrats mit der Verbreiterung der Marfallgasse und macht Mittheilungen über die geschehenen Schritte. Stadt. Brodniz beantragt den Beschluss über die Abtretung derart zu formulieren, daß die Grenzlinie des abzutretenden Terrains 12 Meter von dem Keiler'schen Grundstück entfernt bleibe. Nach längerer Debatte, an der sich noch die Stadt. Prausnik, Dr. Lebinski, Gerlach, Lange betheiligen, und nachdem der Vorsitzende am Schluss des Resumes persönlich den Wunsch ausgesprochen, daß eine Verständigung in dieser Austauschangelegenheit baldigst herbeigeführt werden möge, wird die Vorlage an eine aus den Stadtverordneten Mügel, Szapski, Prausnik, Jacobi und Dr. Lebinski bestehende Spezial-Kommission zur schleunigen Vorberatung verwiesen. — Nachdem dann noch einem rätthlichen Lehrer auf Antrag des über die Vorlage referirenden Stadt. Für eine Unterstützung von 150 R. bewilligt worden ist, wird die Sitzung um 18 Uhr geschlossen.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 4. Mai. Der Landtag wird nächsten Sonntag Mittags durch den Staatsminister Turban im Namen des Großherzogs geschlossen werden. — Dem Vernehmen nach wäre dem neugewählten Erzbischof Drbin in Freiburg sofort nach der Wahl die Bestätigung derselben durch den päpstlichen Stuhl telegraphisch erteilt worden.

Wien, 4. Mai. [Abgeordnetenhaus.] Die Position des Zolltarifs „Mehl und Mehlprodukte“ wurde nach Ablehnung aller Amendements in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Wien, 4. Mai. Wie aus Budua bei Cattaro berichtet wird, hat der Statthalter auf die Meldung des Gendarmeriepostens in Boborj inferriore, daß eine Deputation von Bewohnern des Ortes auf das Festigte die Einkellung der Landwehr-Affentirung und den sofortigen Abzug des Postens gefordert habe, 2 Kompagnien Jäger dorthin aufgeboden. Am Ausgange des an die monten-grinische Grenze anstoßenden Zupa-Thales am Saumpfade bei Boborj inferriore wurden die Truppen von den Insurgenten beschossen. Die Truppen erwiderten das Feuer, worauf die Insurgenten spurlos verschwanden.

Wien, 4. Mai. Der Delegirte Frankreichs bei der Donau-Kommission, Ministerresident Barrère, und der englische General-Konsul in Galatz, Sanderson, sind hier gestern eingetroffen.

Wien, 4. Mai. [Ringtheater-Projekt.] Heute wurden die Wachleute, Polizeibeamten und Theaterbesucher vernommen, deren Aussagen sich auf die bereits bekannten Einzelheiten des Brandes von dessen Entstehen bis zur Konstatirung der Dpfer erstreckten. Die vernommenen Wachleute wurden auf Antrag des Staatsanwalts nicht beedigt. Den ferneren Antrag, auch die Polizeibeamten nicht zu beedigen, lehnte der Gerichtshof ab.

Pest, 4. Mai. Das Oberhaus hat die Wehrgesetznovelle angenommen.

Brag, 4. Mai. Der Strike ist in vollstem Rückgang begriffen, auch in Brüg ist die Arbeit wieder vollständig aufgenommen worden. Die Abschiebung aller Unbeschäftigten ist von heilsamstem Erfolg gewesen. Den Gerichten sind im Ganzen etwa 70 Personen überwiesen worden. Nur in einem einzigen Falle mußte von der Waffe Gebrauch gemacht werden. In der Ortschaft Hradel widersetzte sich ein Sozialdemokrat, namens Savranek, seiner Festnahme, und entriß dem Gendarmen den Säbel, während dessen Bloufe von dem Weibe Savranek's zerrissen wurde. Die Verhaftung Savranek's konnte nur mit Wassengewalt bewirkt werden, die Wunden des Verhafteten sind indeß nicht gefährlich. Die bei dieser Gelegenheit erfolgte Ansammlung wurde sodann durch 10 Soldaten zerstreut. Die Gerichte von Zusammenrottungen in Soborten sind unbegründet. In wenigen Tagen dürfte der Strike in allen Bezirken beendet sein.

Agram, 4. Mai. Der Landtag hat in der Generaldebatte den Ausschussbericht betreffend die Inartikulirung des Gesetzentwurfs bezüglich der Einverleibung der Grenze mit 45 gegen 17 Stimmen angenommen.

Paris, 4. Mai. [Deputirtenkammer.] In Verantwortung einer Anfrage Tenot's über das jüngst bei Tigri stattgehabte Gesecht erklärte Ministerpräsident Freycinet:

Der Vertrag vom Jahre 1845 gewähre die Ermächtigung, Marroccure über die Grenze von Algier hinaus zu verfolgen, der Sultan von Marokko habe seine Befehlshaber an der Grenze aufgefordert, den französischen Truppen ihre Aufgabe zu erleichtern. Das Gesecht habe auf dem Zwischengebiete zwischen Algier und Marokko stattgefunden, das von unabhängigen Stämmen bewohnt sei, der Kaiser von Marokko sei in keiner Weise verantwortlich, wenn dieses Gebiet als Hauptquartier für Aufständische diene. Die französische Regierung würde stets von der Sorge für ihre Würde und für die Sicherheit geleitet sein.

Tenot dankte dem Ministerpräsidenten für seine patriotischen Erklärungen. — Der radikale Deputirte Ballue interpellirte die Regierung ebenfalls über Algier, machte dem Kabinet den Mangel an Kraft und Stärke zum Vorwurf und verlangte die Okkupation von Figuiq. Ministerpräsident Freycinet erwiderte, wenn Figuiq als ein gefährlicher Konzentrationsspunkt diene, könne Frankreich denselben besetzen, aber die Nothwendigkeit seiner Besetzung sei nicht nachgewiesen. Nach kompetenten militärischen Urtheilen würde es nicht genügen, nur bis Figuiq, sondern noch 300 Kilometer weiter darüber hinaus zu gehen. Die Kammer beschloß über die Interpellation Ballue die vom Kabinet beantragte einfache Tagesordnung.

Tunis, 3. Mai. Dem Insurgentenführer Ali Ben Kalifa ist von dem Pascha von Tripolis Bengasi zu seinem weiteren Aufenthalte angewiesen worden.

Rom, 4. Mai. Der Senat hat mit 140 gegen 60 Stimmen die Listenwahl im Prinzip angenommen und den Antrag Brioschi, die Vertretung der Minoritäten auf die Wahlkollegien mit 4 und 3 Deputirten auszudehnen, abgelehnt. Dagegen

wurde gemäß dem Regierungsentwurf die Minoritäten-Vertretung für die Wahlkollegien mit 5 Deputirten angenommen.

London, 4. Mai. Der Bruder Lord Harrington's, Lord Frederik Cavendish, ist an Stelle Forsters zum Generalsekretär für Irland ernannt worden. Die irischen Deputirten scheinen durch diese Ernennung in ihren Erwartungen sehr herabgestimmt. Dem Unterhause wurde von der Regierung die Mittheilung gemacht, daß Michael Davitt in Freiheit gesetzt werden solle.

Petersburg, 4. Mai. Nach dem „Regierungs-Anzeiger“ empfangt der Kaiser die Schiffsleutenants Damenbauer und Newcombe von der „Jeannette“.

Das „Journal de St. Pétersbourg“ schreibt: Gladstone ist kühn, aufrichtig und loyal und glaubt an die Aufrichtigkeit und Loyalität Anderer; es ist aber wenig wahrscheinlich, daß die irischen Unruhstifter und ihre transatlantischen Freunde nach den neuen Maßnahmen der Regierung zu ihren Gunsten abrüsten werden.

Kiew, 3. Mai. In der verfloffenen Woche sind an 1500 jüdische Familien von hier ausgewiesen worden. Viele derselben wandern nach Amerika aus.

Bukarest, 3. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer der Deputirten brachte der Minister für öffentliche Arbeiten eine Vorlage behufs Auflösung der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft in Berlin ein. Cogalniceanu meldete eine Interpellation an bezüglich der Donaufelsen des „Eisernen Thores“, deren Sprengung Oesterreich im Berliner Vertrage übertragen worden.

Im Senate hat heute die Debatte über die agrarischen Kontrakte begonnen.

Der französische Ministerresident Barrère wird am 5. d. M. hier erwartet.

Verantwortlicher Redakteur: P. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 82 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. Grad.
4. Nachm. 2	752,5	SW mäßig	heiter	+18,1
4. Abnds. 10	7:03	D mäßig	wolkenlos	+13,5
5. Morgs. 6	747,6	SW mäßig	wolkenlos	+12,0

Am 4. Wärme-Maximum +22,7° Cel.
Wärme-Minimum +8,4°

Wetterbericht vom 4. Mai, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nach. Meeresniv. red. in mm.	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. Grad.
Kullaghmore	756	still	bedeckt	8
Berberen	752	SW	4 halb bedeckt	11
Christiansfund	761	D	1 wolfig	8
Kopenhagen	762	SW	4 bedeckt	10
Stockholm	766	SW	4 halb bedeckt	12
Saparanda	761	S	2 wolkenlos	2
Petersburg	—	—	—	—
Rostau	760	NW	1 wolfig	9
Corl. Queensf.	756	R	2 heiter	8
Brest	755	still	Regen	10
Helder	752	D	1 bedeckt	14
Solt	756	DES	4 wolfig	11
Hamburg	757	DES	5 bedeckt	12
Swinemünde	761	DES	4 halb bedeckt	12
Neufahrwasser	766	SD	3 heiter	12
Nemel	766	SD	2 heiter	12
Paris	752	SEW	2 bedeckt	14
Münster	754	DES	3 heiter	16
Karlsruhe	755	SW	2 bedeckt	17
Wiesbaden	755	ND	1 bedeckt	17
München	759	D	2 halb bedeckt	15
Leipzig	758	D	3 wolkenlos	14
Berlin	759	D	1 halb bedeckt	12
Wien	760	SD	3 heiter	13
Breslau	762	SD	3 wolkenlos	11
Ne d'Arz	756	SEW	4 bedeckt	12
Nizza	760	SEW	4 Regen	18
Triest	763	still	Dunst	17

1) Seegang mäßig. 2) Dunstig. 3) Nachts Thau. 4) Thau.
Skala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = heftiger Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstengebiet von Island bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingegeben.

Uebersicht der Witterung

Eine umfangreiche Depression mit trübem, stellenweise regnerischem Wetter und schwacher Luftbewegung liegt über den britischen Inseln und dem Nordseegebiete, während das Luftdruck-Maximum über den russischen Ostprovinzen lagert. Bei steigender Temperatur und schwacher, nur im Norden stellenweise frischer, vorwiegend östlicher Luftströmung ist das Wetter über Zentral-Europa ziemlich heiter und allenthalben trocken. In Friedrichshafen ist unter dem Einflusse des Föhn's die Temperatur auf 23 Grad gestiegen. In Frankreich fanden gestern vielfach Gewitter statt. Deutsche Seemarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 4. Mai	Morgens 0,66 Meter.
" " 4. " "	Mittags 0,66 " "
" " 5. " "	Morgens 0,66 " "

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 4. Mai. (Schluß-Course.) Markt. Lond. Wechsel 20,45. Pariser do. 81,07. Wiener do. 162,90. R.-M. St.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 101½. R.-M.-Br.-Anth. 128½. Reichsanl. 101½. Reichsbank 149. Darmstb. 163½. Meiningen B. 92½. West.-ung. St. 701,00. Kreditaktien 292. Silberrente 65½. Papierrente 64½. Goldrente 80½. Ung. Goldrente 75½. 1860er Loose 122½. 1864er Loose 328,50. Ung. Staatsb. 226,50. do. Ob.-Ob. II. 94½. Böhm. Westbahn 265½. Elisabethb. —. Nordwestbahn 178½. Galizier 265½. Franzosen 287½. Lombarden 126½. Italien 89½. 1877er Russen 86½. 1880er Russen 71. II. Orientanl. 57½. Centr.-Pacifc 113½. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 58. Wiener Bankverein —. ungarische Papierrente —. Buschtiebrader —. Oberschlesische —.

5proz. österr. Papierrente 78½. Dux-Bodenbacher —. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 291½, Franzosen 286½, Gofizier 265½, Lombarden 125½. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. österr. Goldrente —.
Frankfurt a. M., 4. Mai. Effekten-Societät. Kreditaktien 291. Franzosen 286½, Lombarden 125½, Galizier 265½, österreichische Goldrente —. ungarische Goldrente 75½, II. Orientanleihe 57½, österr. Silberrente —. Papierrente —. III. Orientanl. —. 1880er Russen 71. Wiener Bankverein —. 1860er Loose —. Diskonto-Kommandit 214. — Schwach.

Wien, 4. Mai. (Abendbörse.) Ungarische Kreditaktien 338,00, österr. Kreditaktien 342,00, Franzosen 336,50, Lombarden 143,25, Galizier 310,50, Anglo-Austr. —. österr. a-ierrente 76,55, do. Goldrente 94,60, Marktnoten 58,70, Napoleons 9,53½, Bankverein 119,26, Elbthal 220,25, ungar. Papierrente 87,35, 4proz. ungar. Goldrente 88,90, 6proz. ungarische Goldrente 119,65, Nordwestbahn 208,75. Markt.

Wien, 4. Mai. (Schluß-Course.) Die Geschäftslosigkeit und Realisirungen in Folge der Haufe in Getreide drückten, am Schluß trat eine leichte Erholung ein.

Papierrente 76,55. Silberrente 77,50. Dösterr. Goldrente 94,55, 6proz. ungarische Goldrente 119,80. 4proz. ungar. Goldrente 88,95. 5proz. ungar. Papierrente 87,15. 1854er Loose 119,70. 1860er Loose 131,00. 1864er Loose 173,70. Kreditloose 177,00. Ungar. Prämienl. 117,00. Kreditaktien 343,00. Franzosen 337,50. Lombarden 142,75. Galizier 311,50. Kasch.-Dobr. 149,20. Pardubitzer 153,00. Nordwestbahn 208,50. Elisabethbahn 210,00. Nordbahn 259,5. Dösterreich. ungar. Bank —. Türk. Loose —. Unionbank 129,30. Anglo-Austr. 130,50. Wiener Bankverein 119,10. Ungar. Kredit 328,25. Deutsche Plätze 58,65. Londoner Wechsel 120,00. Pariser do. 47,65. Amsterdamer do. 99,65. Napoleons 9,53½. Dutaten 5,63. Silber 100,00. Marktnoten 58,70. Russische Banknoten 121½. Lemberg-Geserowitsch —. Kronpr.-Rudolf 167,70. Franz-Josef —. Dux-Bodenbacher —. Böhm. Westbahn —. 4proz. ungar. Bodenkredit-Bankbriefe —. Elbthal 220,50. 5proz. österr. Papierrente 92,80. ungar. Goldrente —. Buschtiebrader B. —. Ung. Präm. 117,50. Eskompte —.

Florenz, 4. Mai. 5pSt. Italien. Rente 92,32. Gold 20,59.
London, 4. Mai. Rubig. Consols 101½. Ital. 5p. Rente 89½. Lombard. 12½. 3proz. Lombarden alte 11½, 3proz. do. neue 11½, 5proz. Russen de 1871 84½, 5proz. Russen de 1872 84½, 5proz. Russen de 1873 86½, 5proz. Türken de 1865 13½, 3proz. fundirt Amerikaner 103½, Dösterr. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 75½, Dösterr. Goldrente —. Spanier 28½. Egypter 67½. 4proz. preuß. Consols 101. 4proz. bar. Anleihe —.

Platzdiscont 2½ pSt. Silber —. Aus der Bank flossen heute 54,000 Pf. Sterl. Wechselnotungen: Deutsche Plätze 20,66. Wien 12,14. Paris 25,47. Petersburg 23½.

Paris, 4. Mai. (Schluß-Course.) Behauptet. 3proz. amortisirb. Rente 84,25. 3proz. Rente 84,02½, Anleihe de 1872 117,17½, Italien 5proz. Rente 89,75, Dösterr. Goldrente —. 6pr. ungar. Goldrente —. 4proz. ungar. Goldrente 76,00, 5proz. Russen de 1877 —. Franzosen 713,75. Lomb. Eisenbahn-Aktien 311,25. Lomb. Prioritäten 289,00. Türken de 1865 13,27½. Türkenloose 60,75. III. Orientanleihe —.

Credit mobilier 597,00. Spanier exte. 28½, do. inter. —. Suezkanal-Aktien 2776,00. Banque ottomane 803,00. Union gen. —. Credit foncier 1468,00. Egypter 349,00. Banque de Paris 1222,00. Banque d'escompte 575,00. Banque hypothecaire —. Londoner Wechsel 25,20½, 5proz. Rumänische Anleihe —. Banque de Lyon et de la Loire —.

Paris, 3. Mai. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente —. Anleihe von 1872 117,25. Italiener 90,30, österr. Goldrente —. Türken 13,15. Türkenloose 61,00. Spanier inter. —. do. exte. 28½, ungar. Goldrente —. Egypter 351,00, 3proz. Rente —. 1877er Russen —. Franzosen —. Lombarden —. Fest.

Newyork, 3. Mai. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95½. Wechsel auf London 4,86½. Cable Transfers 4,90. Wechsel auf Paris 5,15½. 3proz. fundirt Anleihe 102½, 4proz. fundirt Anleihe von 1877 120½, Erie-Bahn 35½, Zentral-Pacifc 116½, Newyork Centralbahn 125½, Erieanl.-Eisenbahn 139½.

Geld leicht, für Regierungssicherheiten 3, für andere Sicherheiten 4 Prozent.

Produkten-Kurse.

Bremen, 4. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Rubig. Standard white loco 6,95 bez., pr. per Juni 7,05 Br., pr. Juli 7,15 Br., per August 7,30 Br., per September-Dezember 7,60 bez. und Br.

Hamburg, 4. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine rubig. Roggen loco rubig, auf Termine matt. Weizen per Juli-Aug. 207,00 Br., 206,00 Gd., per Sept.-Okt. 203,00 Br., 202,00 Gd. Roggen per Juli-Aug. 144,00 Br., 143,00 Gd., per Sept.-Okt. 143,00 Br., 142,00 Gd. Hafer still, Gerste matt. Rübbil still, loco 57,00, per Mai 56,50. Spiritus höher, per Mai 38½ Br., per Juli-Aug. 38½ Br., per Aug.-Sept. 39½ Br., per Sept.-Okt. 40½ Br. — Kaffee sehr rubig, geringer Umsatz. — Petroleum matt, Standard white loco 7,05 Br., 6,95 Gd., per Mai 7,00 Gd., per August-Dezember 7,60 Gd. — Wetter: warm.

Wien, 4. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen pr. Mai-Juni 12,30 G., 12,35 Br., per Herbst 11,12 G., 11,15 Br. Hafer pr. Mai-Juni 8,00 Gd., 8,05 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,55 Gd., 6,70 Br.

Pest, 4. Mai. Produktenmarkt. Weizen loco fest, auf Termine matter, pr. Frühjahr —. Gd., —. Br., pr. Herbst 10,75 Gd., 10,82 Br. — Hafer pr. Herbst 6,65 Gd., 6,70 Br. — Mais pr. Mai-Juni 7,24 Gd., 6,26 Br. — Rohtraps pr. August-September 13½. — Wetter: schön.

Amsterdam, 4. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine niedr., pr. Mai 293, pr. November 298. Roggen loco u. auf Termine niedriger, pr. Mai 176, Oktober 173. Raps per Frühjahr —, per Herbst —. Rübbil loco 33, per Herbst 32½.

Antwerpen, 4. Mai. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 17 bez., 17 Br., per Juni 17½ Br., per Septbr.-Dezbr. 18½ bez. und Br. Rubig.

London, 4. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letzten Montag: Weizen 7950, Gerste 540, Hafer 17,030 Orts.

Fremder Weizen fest, aber rubig, andere Getreidearten rubig, zu letzten Montagsspreisen. Angekommene Weizenlabungen stetig, rubig.

London, 4. Mai. Die Getreidezufuhren betragen in der Woche vom 22. bis 28. April: Englischer Weizen 3564, fremder 53,042, engl. Gerste 615, fremde 1675, engl. Malzgerste 19,988, fremde —, engl. Hafer 622, fremder 88,539 Orts. Englischs Mehl 19,019, fremdes 4259 Sack.

London, 4. Mai. An der Küste angeboten 1 Weizenlabung. — Wetter: Regen.

Leith, 3. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen fester zu Preisen der letzten Woche, Mehl, Gerste, Hafer und Erbsen matt, zu Gunsten der Käufer.

Newyork, 3. Mai. Die Waarenausfuhr aus den Vereinigten Staaten im Monat März d. J. überstieg den Werth der Waareneinfuhr um 6 Millionen Dollars. Die Ausfuhr von Metallgild in dem gleichen Zeitraum überstieg die Einfuhr um 3½ Millionen Dollars.

Produkten-Börse.

Berlin, 4. Mai. Wind: S.O. Wetter: Schön. Der heutige Markt entsprach den an die fortwährend prachvolle Bitterung geknüpften Erwartungen in keiner Weise; seine Tendenz war im Gegentheil fest für die meisten Artikel und nur der Schluss fast ohne Ausnahme flau.

Lofo-Weizen ruhig. Auf Termine fanden nur wenig bedeutende Umsätze zu behaupteten Preisen statt. Herbst wurde für Ungarische Rechnung ziemlich viel gekauft und diese Sicht erzielte eine kleine Besserung. Von einem Einflusse der höheren New-Yorker Notierungen ließ sich nichts gewahren.

Lofo-Roggen ging zu behaupteten Preisen mäßig um. Termine wurden in der ersten Markthälfte von der Blaspesulation rege gefragt, wenigstens die näheren Sichten, welche ansichend mehr in Dedung als auf neue Meinung genommen wurden. Gegen Schluss veräußerte die Stimmung in Folge erneuter Südrussischer Offerten. Thatsache ist, daß ein Dampfer von der Englischen Küste zu einem so rentablen Preise offeriert wurde, daß man aus der Billigkeit nur auf ganz miserable Qualität schließen kann.

Gafer in loco wenig verändert. Termine in Dedung begehrte und wesentlich theurer, schloßen unter notirten Kursen angeboten. Roggenmehl behauptet. Mais fest. Kübbel erfreute sich zu etwas ermäßigten Preisen besserer Frage, so daß es endlich einmal wieder zu regerem Handel kam.

Petroleum sehr still. Spiritus in effektiver Waare mehr angeboten notirte billiger. Dadurch ermattete auch die anfänglich recht feste Tendenz für Termine, so daß diese nach diversen Schwankungen kaum anders als vorgestern schloßen.

Weizen per 1000 Kilo loco 205-235 M. nach Qualität geordert, abdel. Ammel. - bezahlt deutscher Weizen - Markt.

ab Bahn, per Mai 231-230-231 bezahlt, per Mai-Juni 222 bezahlt, per Juni-Juli 220-220 bez., per Juli-August 218 bez., per September-Oktober 208-209 bezahlt. - Gefündigt 5000 Str. Regulirungspreis 231 Marl. - Roggen per 1000 Kilo loco 160 bis 166 M. nach Qualität gefordert, inländ 157-161 M. ab Bahn bezahlt, hochfeiner do. - R. a. Bahn bez., def. polnischer - Markt ab Bahn bezahlt, def. russischer - Markt ab B. bezahlt, russischer, polnischer u. galizischer 150-154 Marl. ab Bahn bezahlt, per Mai 156-155½ bezahlt, per Mai-Juni 153½-153 bezahlt, per Juni-Juli 151½-150½ bezahlt, per Juli-Aug. 149½-148½ bezahlt, per Sept.-Oktober 149-148½ bezahlt. - Gefündigt 4000 Str. Regulirungspreis 155½ M. - Gerste per 1000 Kilo loco 125-200 Marl. nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 125 bis 170 Marl. nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 127 bis 148 bezahlt, oft- und weipreussischer 140 bis 150 bezahlt, sommerlicher und Udermärker 130 bis 147 bezahlt, schießer 145 bis 159 bezahlt, f. do. 160-163 bezahlt, böhmischer 145-159 bezahlt, f. do. 160-163 M. bezahlt, fein weiß medlenburgischer - ab Bahn bezahlt, per Mai 134-136 Marl. bezahlt, per Mai-Juni 134-136 Marl. bezahlt, per Juni-Juli 135½-136½ bez., per Juli-August 137-137½ bez. - Gefündigt 11,000 Centner. Regulirungspreis 135 Marl. - Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 160 bis 200 Marl. Futterwaare 142 bis 158 Marl. - Mais per 1000 Kilo loco 148-156 M. nach Qualität gefordert, per Mai 143 M., bezahlt, per Mai-Juni 143 Marl. bezahlt, per Juni-Juli 143 M., per September-Oktober 140 bezahlt. Gefündigt 1000 Centner. Regulirungspreis 143½ Marl. - Weizenmehl per 100 Kilo, grossum brutto 00: 32,00 bis 30,50 Marl. 0: 29,50 bis 28,50 M., 0/1: 28,50 bis 27,50 Marl. - Roggenmehl unft. Sack 0: 23,75 bis 22,75 M., 0/1: 22,23-21,25 M., per Mai 21,90-21,85 bez., per Mai-Juni 21,60-21,55 bez., per Juni-Juli 21,30 bez., per Juli-

August 21,15 bez., per Aug.-Sept. - bez., per Sept.-Oktober 20,85 bezahlt. - Gefündigt 3500 Centner. Regulirungspreis 21,90 Marl. - Delfaat per 1000 Kilo - R. Winteraps - R. Winterbitten - Markt. - Kübbel per 100 Kilo loco ohne Fas 55,0 M., loco mit Fas 55,3 Marl. bezahlt, per Mai 55,6-55,5 Marl. bezahlt, per Mai-Juni 55,5 Marl. bez., per Juni-Juli - Markt bezahlt, Juli-August - M. bezahlt, September-Oktober 55,0 M. bezahlt, Okt.-Nov. 55,0 Marl. bez. Gefündigt 2400 Str. Regulirungspreis 55,5 Marl. - Leinöl per 100 Kilo loco - M. - Petro-leum per 100 Kilo loco 23,5 Marl., per Mai 22,7 bezahlt, per Mai-Juni - bezahlt, per Juni-Juli - bez., per September-Oktober 23,5 M. bez. Gefündigt - Cent. - Regulirungspreis - M. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Fas 46,3-46,2 bezahlt, mit Fas - bez., per Mai 47,9-47,5-47,7 bez., per Mai-Juni 47,9-47,5-47,7 bezahlt, per Juni-Juli 48,4-48,0-48,2 bezahlt, Juli-August 49,4-49,0-49,1 bezahlt, Aug.-Sept. 49,9-49,5-49,7 bez., Sept.-Okt. 49,8-49,5-49,6 bez., Sept. - bez., - bez. - Gefündigt 60,000 Liter. Regulirungspreis 47,7 Marl. (B. V. 3.)

Bromberg, 4. Mai. (Bericht der Handelstammer.) Weizen unveränd. hochbunt und glatt 215-222 M., hellbunt 200-212 Marl. - Roggen flau, loco inländischer 152 bis 154 Marl. - Gerste, feine Brauwaare 145-155, große und kleine Mülsergerste 130-145 Marl. - Hafer loco 138-150 M. - Erbsen Kochwaare 160-180 M., Futterwaare 140-150 M. - Mais, Kübbel. Raps ohne Handel. - Spiritus pro 100 Liter a 100 Prozent 43,50-44,00 M. - Rubelkurs 205,50 Marl.

Berlin, 4. Mai. Die Wiener Börse hatte gestern eine sehr feste Physiognomie gezeigt und ebenso waren aus Frankfurt höhere Kursnotierungen gemeldet. Dem entgegen aber die heut eintreffenden Kursdepeschen nicht ganz, es mögen an der Wiener Börse Realisationen zeitweise eine rückläufige Bewegung hervorgerufen haben, denn die augenblicklich schwächere Haltung war durchaus nicht auf eine bestimmte Veranlassung zurückzuführen. Die hiesige Spekulation befand sich aber schon seit einiger Zeit in einer großen Unentschiedenheit und es ist daher leicht erklärlich, wenn die niedrigen Wiener Notierungen auch hier zu Realisationen Anrege boten. Desser. Kreditaktien unterlagen mehr-

fachen Schwankungen, änderten die Notiz im Allgemeinen nur wenig. Dagegen zeigte sich für Franzosen eine wesentlich bessere Tendenz, während Lombarden ganz vernachlässigt blieben. Für Galizier kam ebenfalls eine recht günstige Meinung zum Ausdruck. Nach schwächerem Anfang war überhaupt wieder eine wesentlich festere Tendenz. Dies zeigte sich zumeist auf dem Markte für inländische Eisenbahnaktien, von denen heute besonders Ostpreußen, Rainer und Freiburger bevorzugt waren. Dagegen erlitten Marienburger einen kleinen Kursrückgang. In Bankaktien blieb das Geschäft ziemlich belanglos, nur Diskontokommandittheile wurden zu steigendem Kurse lebhafter ge-

handelt. Ebenso beteiligten sich einige Industriepapiere rege am Verkehr. Ausländische Staatsanleihen waren recht fest, besonders Italiener; dagegen zeigten sich Russen eher schwach. Einheimische Fonds fanden, ebenso wie Eisenbahnprioritäten, gute Käufer. - Per ultimo notiren: Franzosen 576-575-574, Lombarden 253-253,50-251,50-252, Kredit-Aktien 586-585-586,50-585,50, Wiener Bankverein 205, Darmstädter Bank 163,70-163,50, Diskonto-Kommandit-Anteile 214,40-214,25-213,50, Deutsche Bank 157,25-156,75, Dortmunder Union 93,50-94,50-94, Laurahütte 113,50-114,20. Schluss fest. Privatdiskont - pSt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Table listing various financial instruments and their prices. Includes 'Deutsche Fonds', 'Preussische Fonds', 'Russische Fonds', 'Österreichische Fonds', 'Anleihe', 'Aktien', 'Diskont', etc.

Table listing various financial instruments and their prices. Includes 'Anleihe', 'Aktien', 'Diskont', 'Kredit', 'Bauspar', etc.

Table listing various financial instruments and their prices. Includes 'Babische Bank', 'Deutsche Bank', 'Kredit', 'Bauspar', etc.

Table listing various financial instruments and their prices. Includes 'Eisenbahn-Gesellschaft', 'Kredit', 'Bauspar', etc.

Table listing various financial instruments and their prices. Includes 'Kredit', 'Bauspar', etc.

Table listing various financial instruments and their prices. Includes 'Kredit', 'Bauspar', etc.